

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES VON CHUR

Datum 13. März 2003

Dauer 16.00 - 19.00 Uhr

Anwesend

Präsident Gieri Derungs

Mitglieder	Dorina Attinger-Vincenz	Emilio Arioli
	Fred Bieler	Ernst Casty
	Barla Cahannes Renggli	Fritz Imholz
	Dr. Luca Tenchio	Reto A. Lardelli
	Urs Schädler	Christina Bandli
	Peter Suter	Beda Frei
	Andrea Ullius	Raimund Hächler
	Marco Willi	Thomas Hensel
	Peter Zürcher	Anna Ratti
	Eva Ködderitzsch	Sandro Steidle

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadtrat Martin Jäger
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 30. Januar 2003
2. Projekt Geschäfts- und Verwaltungsgebäude Untertor; Vorinformation
3. Sanierung Tschuggenhütte, Arosa, 3. Etappe
4. Gäuggelistrasse (Abschnitt Engadinstrasse - Tivolibrücke), Sanierung des Kreisels mit Zufahrtsstrecken, Erneuerung der Gas- und Wasserleitungen
5. Gäuggelistrasse (Abschnitt Rheinstrasse - Untere Plessurstrasse), Strassensanierung mit Erneuerung IBC-EW-Leitungen
6. Postulat Raimund Hächler und Mitunterzeichnende für eine atomstromfreie Energieversorgung; Bericht
7. Interpellation Beda Frei und Mitunterzeichnende betreffend Pensionsversicherung der Stadt Chur; Beantwortung
8. Landabgabe im Baurecht an der Rossbodenstrasse an die Falkenstein Chur AG
9. Schriftliche Anfrage Thomas Hensel betreffend Schliessung des Briefpostzentrums

1. Protokoll der Sitzung vom 30. Januar 2003

Das Protokoll der Sitzung vom 30. Januar 2003 wird einstimmig genehmigt.

2. Projekt Geschäfts- und Verwaltungsgebäude Untertor; Vorinformation

Mit Botschaft Nr. 9/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Vom Projekt Geschäfts- und Verwaltungsgebäude Untertor wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, das Geschäft im Sinne der nachstehenden Ausführungen weiter zu bearbeiten.

Das Geschäft ist sachlich unbestritten. Das Projekt wird als zukunftssträchtig gelobt, ebenso der Verzicht auf die Etappierung, was wirtschaftlich sinnvoll sei. Zudem sei wichtig, wenn die öffentliche Hand jetzt investiere. Der Ansatz für die Rohbaukosten von Fr. 660.--/m³ wird als zu hoch bezeichnet, angemessen seien für ein solches Vorhaben maximal Fr. 520.--/m³. Kritische Bemerkungen werden zu den Überlegungen des Stadtrates bezüglich Raumprogramm gemacht. Der Entwurf des Baurechtsvertrags mit der SRG wird als fair und als den Usanzen der Stadt Chur entsprechend bezeichnet. Kritisiert wird die Tatsache, dass aufgrund des bestehenden Baurechts auch die Erstellung der Hochbaute durch die WSC erfolgen muss; dem Gemeinderat sei bei der Beratung der Botschaft 5/2000 gesagt worden, dass man diesbezüglich völlig frei sein werde. Die Idee eines „Bürgeramts“ wird grundsätzlich positiv aufgenommen. Gefragt wird auch, ob die SRG ihren Teil immer noch realisieren könne, wenn man sehe, dass das Projekt für die Stadt zu teuer werde.

Es handle sich um ein wirtschaftspolitisch wichtiges Vorhaben, führt der **Stadtpräsident** aus. Mit dem Projekt des Geschäfts- und Verwaltungsgebäudes könne zudem ein städtebaulicher Akzent gesetzt werden. Das neue Verwaltungsgebäude ermögliche eine Zusammenfassung von Verwaltungsteilen mit intensivem Kundenkontakt, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Kundenfreundlichkeit erreicht werden könne. Die Ausführungen zur Bürochade seien noch nicht definitiv. Bei den Kosten handle es sich um eine grobe Schätzung, die der Stadtrat ebenfalls als hoch erachte. In der Botschaft vom September werde man dem Gemeinderat die auf das Bauprojekt gestützten, verbindlichen Zahlen unterbreiten. Zur Frage, ob die WSC bei der Realisierung des Vorhabens dem Submissionsrecht unterstehe, verliest der Stadtpräsident die Stellungnahme des kantonalen Juristen für das Submissionswesen: Die WSC untersteht grundsätzlich dem Submissionsrecht, im vorliegenden Fall jedoch nicht, da ihr Anteil an der ganzen Baute (inkl. SRG) deutlich unter 50 % beträgt.

Dem Anliegen von **Steidle**, man möge auf eine Abstimmung verzichten, hält der Stadtpräsident entgegen, der Stadtrat lege Wert auf eine „zustimmende Kenntnisnahme“ durch den Gemeinderat.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

3. Sanierung Tschuggenhütte, Arosa, 3. Etappe

Mit Botschaft Nr. 13/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Dem Projekt für die 3. Etappe der Sanierung der Tschuggenhütte wird zugestimmt.
2. Für die Ausführung dieses Vorhabens wird ein Bruttokredit von Fr. 1'340'000.-- (inkl. Mehrwertsteuer sowie +/- 10%) zu Lasten von Konto 81.503.18 (Kostenstand Februar 2003) bewilligt.
3. Der Betrag von Fr. 300'000.-- aus dem Bodenerlöskonto der Bürgergemeinde für die teilweise Vorfinanzierung der Schirmbar ist über das Projektkonto abzugelten.

Das Geschäft erweist sich als kontrovers, insbesondere wird der Wechsel vom umsatzbezogenen Pachtzins zu einem auf Anlagewert, Zeitwertinventar und den Investitionen basierenden Zinssatz kritisch hinterfragt. Fragen werden weiter zur Schirmbar gestellt, die von der Bürgergemeinde vorfinanziert wurde.

Tenchio erkundigt sich nach der Kompensation der Mehraufwendungen von Fr. 340'000.-- gegenüber der im Voranschlag 2003 vorgesehenen 1 Mio. Franken. Der Stadtrat begründe diese in seiner Botschaft mit dem ursprünglich „mangelhaften“ Projekt.

Stadtrat **Jäger** nennt zum einen den bisherigen, mit 16 % branchenunüblich hohen Umsatzzins und andererseits administrative Gründe für die Abkehr vom Umsatz als Bemessungsgrundlage. Mit dem neuen Modus obliege die Beschaffung sämtlichen Mobiliars der Mieterin, wodurch die Forst- und Alpverwaltung entlastet werde. Man plane übrigens auch bei der Carmennahütte einen solchen Wechsel. Der neue Mietvertrag sei durch den Stadtrat bereits unterzeichnet worden. Die Frage nach der Kompensation der Mehrkosten könne er nur so beantworten, dass diese innerhalb des Investitionsplafonds 2003 erfolgen müsse.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.

4. Gäuggelistrasse (Abschnitt Engadinstrasse - Tivolibrücke), Sanierung des Kreisels mit Zufahrtsstrecken, Erneuerung der Gas- und Wasserleitungen

Mit Botschaft Nr. 10/2003 beantragt der Stadtrat:

Das Projekt Gäuggelistrasse (Abschnitt Engadinstrasse – Tivolibrücke) mit Erneuerung der Gas- und Wasserleitungen wird genehmigt und ein Kredit von Fr. 1'420'000.-- bewilligt.

Hächler fragt sich, ob dieses Vorhaben jetzt wirklich notwendig sei. Er sehe keine wesentlichen Verbesserungen im Projekt, d.h. keine Entschärfung gefährlicher Situationen, vielmehr werde der bestehende Zustand zementiert. Das Vorhaben erscheine nicht prioritär und zudem zu teuer. Er stelle daher

- **Antrag** auf Rückweisung

Das Geschäft sei zu überarbeiten und insbesondere die Kosten zu reduzieren.

Gegen den Antrag wird eingewendet, dass sich die provisorischen Kreisel bewährt hätten und nun in Definitiva überführt werden müssten. Zudem bringe die Aufhebung der Bushaltestellen den Velos mehr Sicherheit.

Abstimmung über Rückweisung

Der Antrag wird mit 14 gegen 7 Stimmen **abgelehnt**.

Im folgenden werden die Kosten diskutiert. Einsparungspotenzial wird insbesondere bei der Kieselgestaltung und dem hier möglichen Verzicht auf Nacharbeiten geortet.

Stadtrat **Trempe** erklärt, die Sanierung des Kreisels *und* eines Teils von Gürtel- und Gäuggelistrasse sei ausgewiesen. 1992 sei für Fr. 825'000.-- ein Provisorium erstellt worden. Man habe damals lediglich den alten Belag abgefräst und neu beschichtet. Grundsätzlich werde im Strassenraum nicht viel geändert. Die rund 50-jährigen Leitungen müssten jedoch ersetzt werden, da die Nachverdichtung des bestehenden Kieskoffers eine erhöhte Gefahr für Leitungsbrüche bedeute. Was die Verlegung der Haltestelle angehe, so habe man festgestellt, dass der über-

wiegende Teil der Passagiere Besucherinnen und Besucher des Migrosmarktes Gäuggeli seien. Da seitens der Migros der Eingang verlegt wurde, sei auch die Verlegung der Haltestellen angebracht. Bauarbeiten bei Nacht seien auch bei dieser Baustelle ein Thema. Die Verkehrsverhältnisse für die Velofahrenden würden zudem sicherer.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.

5. Gäuggelistrasse (Abschnitt Rheinstrasse - Untere Plessurstrasse), Strassensanierung mit Erneuerung IBC-EW-Leitungen

Mit Botschaft Nr. 11/2003 beantragt der Stadtrat:

Das Projekt Gäuggelistrasse (Abschnitt Rheinstrasse – Untere Plessurstrasse) mit Erneuerung der IBC-EW-Leitungen wird genehmigt und ein Kredit von Fr. 625'000.-- bewilligt.

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

6. Postulat Raimund Hächler und Mitunterzeichnende für eine atomstromfreie Energieversorgung; Bericht

Mit Bericht vom 20. Januar 2003 (Geschäft Nr. 6/2003) beantragt der Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Er sei nicht sicher, ob die Aussage des Stadtrates, Chur sei heute zu 100 % atomstromfrei, stimme, führt Postulant **Hächler** aus. Die KHR etwa pumpten im Sommer in grossen Mengen Wasser mit eingekauftem Atomstrom in den Lago di Lei hoch.

Somit sei je nach Saison auch in den Churer Steckdosen mindestens indirekt ein Anteil Atomstrom dabei. Er bitte den Rat, das Postulat zu überweisen.

Die Befürworter des Postulats führen ins Feld, dass am ehesten via Nachfrage etwas bewegt werden könne, mit anderen Worten gemeinsam eine Nachfrage nach atomstromfreier Energie generiert werden könne.

Stadtrat **Tremp** erwidert, dass sich die IBC z.B. bei den ewz ein entsprechendes Zertifikat geben lassen könnten, doch ändere man damit an der Sachlage überhaupt nichts. Wenn der Stadtrat schreibe, dass Chur heute atomstromfrei sei, dann sei das eine Interpretation auch der zuständigen Fachleute. Chur sei abhängig vom Höchstspannungsnetz und habe darauf keinen Einfluss. Die Stadt habe aber ein grosses Interesse, dass die Wasserkraft weiterhin einen grossen Stellenwert genieße.

Schlussabstimmung:

Die Überweisung des Postulats an den Stadtrat wird mit 13 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

7. Interpellation Beda Frei und Mitunterzeichnende betreffend Pensionsversicherung der Stadt Chur; Beantwortung

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Stadtrates (Geschäft Nr. 12/2003) als teilweise befriedigt.

Um den gesetzlichen Mindestzinssatz von 4 % einhalten zu können, habe die Rentenanstalt Eigenkapital einschiessen müssen, führt Interpellant **Frei** aus. Es sei daher anzunehmen, dass die Senkung des Mindestzinssatzes auf 3,25 % Auswirkungen haben werde, indem die Rentenanstalt versuchen werde, sich über Administrationskosten schadlos zu halten. Er frage sich zudem, wie es um das Geschäft mit Risikoleistungen bestellt sei. All diese Fragen seien ungenügend beantwortet worden. Der Abbau des Risikokapitals bei der Rentenanstalt werde sich insofern auswirken, als künftig keine hohen Zinsgutschriften mehr möglich seien. Sowohl zu hohe Risiken als auch keine Risiken seien für eine Pensionskasse schlecht. Aber gera-

de hier zähle man ja auf die Professionalität einer Rentenanstalt. Die Fragen 4 und 5 müssten mutig mit Ja beantwortet werden. Die projizierten Sparguthaben seien massiv kleiner geworden, damit würden auch die Renten kleiner.

Wenn der Stadtrat bereit sei, das Geschäft im Sinne seiner Ausführungen weiter zu bearbeiten, sei er mit der Antwort teilweise zufrieden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

8. Landabgabe im Baurecht an der Rossbodenstrasse an die Falkenstein Chur AG

Für die Beratung dieses Geschäfts tritt Stadtrats-Stellvertreter **Willi** in den Ausstand.

Mit Botschaft Nr. 14/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Der Falkenstein Chur AG wird ab Parzelle Nr. 5327 eine Fläche von 2'660 m² Land im Baurecht abgetreten.
2. Der Baurechtsvertrag mit der Falkenstein Chur AG wird genehmigt.

Das Geschäft ist unbestritten. Zwei Wortmeldungen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

9. Schriftliche Anfrage Thomas Hensel betreffend Schliessung des Briefpostzentrums

Hensel fragt sich, ob Gespräche und Korrespondenzen ausreichen. Besser wäre seines Erachtens eine eigentliche Bürgerbewegung inkl. Gemeinderat und Stadtrat. Die Post sei zudem derzeit dabei, das Poststellennetz einer Überprüfung zu unterziehen. Die Schliessung von Poststellen in Chur sei damit noch nicht vom Tisch.

Gespräche mit der Post allein reichten nicht aus, meint auch der **Stadtpräsident**. Von einer Bürgerbewegung spüre er zurzeit jedoch nichts. Der Stadtrat suche die

Zusammenarbeit mit der Regierung, dem Unterstützungskomitee und den Bündner Bundesparlamentariern. Letztere müssten in Bern Einfluss nehmen. Bezüglich Poststellennetz sei ein Termin mit Vertretern der Post vereinbart, an welchem er über die Resultate orientiert werde.

Mit einer kurzen Würdigung verabschiedet der Gemeinderatspräsident **Raimund Hächler**.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang folgender parlamentarischer Vorstösse bekannt:

- Motion Fred Bieler und Mitunterzeichnende betreffend Schulzahnklinik
- Postulat Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betreffend Erleichterung der Stimmabgabe
- Postulat FDP-Fraktion betreffend Gratisparken über Mittag

Chur, 21. März 2003

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder